

N I E D E R S C H R I F T

über die 5. Sitzung des Rates der Stadt Gummersbach vom 08.07.2026 im Ratssaal, Rathausplatz 1, 51643 Gummersbach.

Die Mitglieder des Rates waren durch die fristgerechte Einladung einberufen. Der Vorsitzende stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwendungen nicht erhoben werden. Der Rat ist nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Anwesend sind:

Vorsitz

Bürgermeister Raoul Halding-Hoppenheit

Mitglieder

Stadtverordneter Kurt Uwe Dick

Stadtverordneter Bastian Frölich

Stadtverordneter Dirk Helmenstein

Stadtverordneter Jörg Jansen

Stadtverordneter Volker Kranenberg

Stadtverordneter Jakob Löwen

1. stellv. Bürgermeister Jürgen Marquardt

Stadtverordnete Ronja Breuer

Stadtverordneter Mario Holländer

Stadtverordneter Karl-Heinz Richter

Stadtverordnete Edith Katharina Roth

Stadtverordneter Uwe Schneevogt

Stadtverordneter Felix Schulmeister

Stadtverordneter Rainer Sülzer

Stadtverordneter Joachim Tump

Stadtverordnete Maria Anna Walk

Stadtverordnete Mary Roshani Thanapalasingham

Stadtverordneter Axel Blüm

Stadtverordnete Marion Fuhr

2. stellv. Bürgermeister Oliver Kolken

Stadtverordneter Thorsten Konzelmann

Stadtverordneter Dr. phil. Sven Lichtmann

Stadtverordnete Kathrin Grüttgen

Stadtverordneter Bajrus Saliu

Stadtverordneter Benjamin Stamm

Stadtverordneter Rainer Degner

Stadtverordneter Bernd Rummeler

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Stadtverordneter Chris Laurent Schaldach

Stadtverordneter Guido Weuste

Stadtverordneter Andreas Nehls

Stadtverordneter Patrizio Milia

Stadtverordneter Karl-Manfred Valentin

Stadtverordneter Konrad Gerards

Stadtverordneter Joachim Scholz

Stadtverordnete Vanessa Dittl

Stadtverordnete Erika Hoferichter

Stadtverordnete Vivien Aurora Peetz

Stadtverordnete Sabrina Bachmann

Stadtverordnete Ursula Anton

Stadtverordneter Thorsten Rinker

Stadtverordneter Diyar Agu ab TOP 6

Verwaltung

Techn. Beig. Jürgen Hefner

Beig. und Stadtkämmerer Maik Thiele

FDL 1.5 Jörg Robach

FDL 1.2 Norman Carmele

Schriftführerin Anna Miebach

Entschuldigt:

Mitglieder

Stadtverordneter Norbert Luhnau

Stadtverordnete Claudia Anette Stevenson

Stadtverordnete Elisabeth Raupach

Stadtverordnete Susanne Valentin

Stadtverordneter Harald Saurien

Die Niederschrift führt: Anna Miebach

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr

Sitzungsende: 16:54 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil:

- TOP 1 Niederschrift der letzten Sitzung
- TOP 2 Umbesetzung in den Fachausschüssen der Stadt Gummersbach
Vorlage: 06012/2026
- TOP 3 Befreiung von der Aufstellung des Gesamtabchlusses 2025
Vorlage: 05970/2026
- TOP 4 1. Nachtrag zum Stellenplan für das Jahr 2026
Vorlage: 06018/2026
- TOP 5 Antrag zur Einrichtung und zum Betrieb einer kommunalen stationären
Einrichtung zur Unterbringung von Kindern und Jugendlichen
Vorlage: 06004/2026
- TOP 6 Bebauungsplan Nr. 315 "Gewerbegebiet - Windhagen West III" und
Aufhebung des BP Nr. 94 und dessen Änderungen im Geltungsbereich des BP
Nr. 315; Beschluss des Abwägungsergebnisses, Abschluss eines
städtebaulichen Vertrags und Satzungsbeschluss
Vorlage: 05979/2026
- TOP 7 Bebauungsplan Nr. 322 "Gummersbach - Kreishaus Erweiterung"
(beschleunigtes Verfahren); Beschluss des Abwägungsergebnisses und
Satzungsbeschluss
Vorlage: 05982/2026
- TOP 8 18. Berichtigung des Flächennutzungsplanes der Stadt Gummersbach
"Gummersbach - Kreishaus Erweiterung"
Vorlage: 05983/2026
- TOP 9 Vorabausschüttung des Abwasserwerkes an die Stadt Gummersbach
Vorlage: 06008/2026
- TOP 10 Mitteilungen

Nicht öffentlicher Teil:

- TOP 11 Mitteilungen

Öffentlicher Teil:

TOP 1
Niederschrift der letzten Sitzung

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

TOP 2
Umbesetzung in den Fachausschüssen der Stadt Gummersbach
Vorlage: 06012/2026

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt folgende Umbesetzungen:

Ausschuss für Schule, Sport, Soziales, Familie und Migration

Beratende Mitglieder (Sachkundige Einwohner entsendet aus AfCul)

AM. Mohammad Belal (bisher: AM. Lilia Köhler)

Ausschuss für Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Mobilität

Stellvertretende Mitglieder (AfD)

1. Stv. Manfred Valentin (bisher: N.N.)

3. Stv. Susanne Valentin (bisher: AM. Michael Herbst)

5. AM. Michael Herbst (bisher: Stv. Susanne Valentin)

Auszug: 1.2 / 6 / 9 / 11

TOP 3
Befreiung von der Aufstellung des Gesamtabchlusses 2025
Vorlage: 05970/2026

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Gummersbach nimmt gem. § 116a Gemeindeordnung NRW (GO NRW) die Befreiungsmöglichkeit zur Aufstellung vom Gesamtabschluss 2025 in Anspruch.

Auszug: 4

TOP 4**1. Nachtrag zum Stellenplan für das Jahr 2026****Vorlage: 06018/2026**

Stv. Jansen stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, Tagesordnungspunkt 4 zur weiteren Beratung an den Personalausschuss zu verweisen.

Der Rat der Stadt Gummersbach stimmt diesem Antrag einstimmig zu.

Nachfolgender Beschluss wurde zur weiteren Beratung an den Personalausschuss verwiesen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt den 1. Nachtrag zum Stellenplan für das Haushaltsjahr 2026.

Auszug: 2

TOP 5**Antrag zur Einrichtung und zum Betrieb einer kommunalen stationären Einrichtung zur Unterbringung von Kindern und Jugendlichen****Vorlage: 06004/2026**

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Beschluss:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung, in Abstimmung mit dem Gummersbacher Jugendamt eine umfassende, ergebnisoffene Prüfung zu erarbeiten, ob und unter welchen Bedingungen eine kommunal getragene, stationäre Einrichtung zur Unterbringung und Betreuung von Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen im Stadtgebiet bzw. im gemeinsamen Sozialraum fachlich, rechtlich, organisatorisch und finanziell tragfähig errichtet und betrieben werden kann. Ergänzend soll im Rahmen der ohnehin vorzunehmenden Prüfung überschlägig betrachtet werden, ob durch eine Zusammenarbeit mit benachbarten Kommunen interkommunale Synergien erschlossen werden könnten.
2. Gegenstand der Prüfung sind insbesondere folgende Optionen und Leistungsbilder:
 - a) Regelangebote der stationären Hilfen (z.B. Wohngruppen im Rahmen § 34 SGB VIII),
 - b) spezialisierte Settings (z.B. Intensivgruppen, therapeutische Gruppen, Krisenintervention),
 - c) Inobhutnahmeargebote nach § 42 SGB VIII einschließlich der Frage, ob Inobhutnahmeplätze als eigenständige Gruppe, als angebundene Zusatzplätze oder als Option innerhalb einer Wohngruppe genehmigungsfähig und fachlich sinnvoll abbildbar sind,
 - d) Verselbstständigungs- und Übergangsangebote (betreutes Jugendwohnen, Jugendwohngemeinschaften) sowie Mutter/Vater-Kind-Angebote nach § 19 SGB VIII, jeweils einschließlich der Frage, ob mehrere Angebotsarten in einem Gebäude, in getrennten Einheiten, betrieben werden können.

3. Die Verwaltung legt dem Rat einen schriftlichen Prüf- und Empfehlungsbericht vor. Der Bericht sollte folgende Punkte enthalten:
 - a) rechtliche Bewertung: Zuständigkeiten, kommunal- und jugendhilferechtliche Rahmenbedingungen, Betriebserlaubnisfordernisse, Aufsicht, Dokumentations- und Meldepflichten, Anforderungen an Schutzkonzept, Beteiligung und Beschwerdemanagement,
 - b) Finanz- und Wirtschaftlichkeitsprüfung: Investitions- und Betriebskosten (inkl. Personal), Folgekosten, Risiken, Szenarien (Belegung, Auslastung, Entgelt-/Vergütungslogik), Kostenvergleich zu aktuell genutzten externen Angeboten,
 - c) Förder- und Finanzierungsprüfung: Darlehens- und Zuschussoptionen, insbesondere Programme der öffentlichen Förderbanken und energetische Förderkomponenten,
 - d) Standort- und Infrastrukturoptionen: Kriterienkatalog, Flächen- und Raumbedarfe je Angebotsart, Mindestanforderungen sowie eine erste, ergebnisoffene Standortscreening-Methodik ohne Vorfestlegung,
 - e) Umsetzungsfahrplan: Meilensteine, Genehmigungs- und Vergabeprozesse, Personalgewinnung, Inbetriebnahme.
4. Der Beschluss ist ausdrücklich ergebnisoffen. Er begründet weder eine Standortentscheidung noch eine Vorfestlegung auf Investitions- oder Betriebsmodelle. Etwaige Investitions- und Haushaltsentscheidungen bleiben einer gesonderten Beschlussfassung nach Vorlage des Prüfberichts vorbehalten.

Auszug: 10

TOP 6

Bebauungsplan Nr. 315 "Gewerbegebiet - Windhagen West III" und Aufhebung des BP Nr. 94 und dessen Änderungen im Geltungsbereich des BP Nr. 315; Beschluss des Abwägungsergebnisses, Abschluss eines städtebaulichen Vertrags und Satzungsbeschluss
Vorlage: 05979/2026

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Beschluss:

1. Der Rat beschließt das in den Anlagen 8a, 9a, 10a, 11a und 12a der der Originalniederschrift als Anlage 1 beigefügten Verwaltungsvorlage dargestellte Ergebnis der Abwägung.
2. Der Rat stimmt dem materiellen Inhalt des zwischen der Entwicklungsgesellschaft Gummersbach, Brückenstraße 4, 51643 Gummersbach, vertreten durch Herrn Jürgen Hefner und Herrn Frédéric Ripperger und der Stadt Gummersbach abzuschließenden städtebaulichen Vertrags zum Bebauungsplan Nr. 315 „Gewerbegebiet – Windhagen West III“ in vollem Umfang zu und beauftragt die Verwaltung, den der Originalniederschrift als Anlage 2 beigefügten städtebaulichen Vertrag (Anlage 6) abzuschließen.

3. Der Bebauungsplan Nr. 315 „Gewerbegebiet – Windhagen West III“ und die Aufhebung des Bebauungsplanes Nr. 94 „Windhagen – Gewerbegebiet West II“ und dessen Änderungen im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 315 werden gemäß § 2 Abs. 1 i.V.m. § 10 BauGB sowie § 7 GO NW als Satzung beschlossen. Dieser Satzung wird die Begründung vom 23.06.2026 beigelegt.

Auszug: 9

TOP 7

**Bebauungsplan Nr. 322 "Gummersbach - Kreishaus Erweiterung" (beschleunigtes Verfahren); Beschluss des Abwägungsergebnisses und Satzungsbeschluss
Vorlage: 05982/2026**

Nachfolgender Beschluss wurde bei 10 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltungen mehrheitlich gefasst.

Beschluss:

1. Der Rat beschließt das in den Anlagen 5a und 6a der der Originalniederschrift als Anlage 3 beigelegten Verwaltungsvorlage dargestellte Ergebnis der Abwägung.
2. Der Bebauungsplan Nr. 322 „Gummersbach – Kreishaus Erweiterung“ (beschleunigtes Verfahren) wird gemäß § 2 Abs. 1 i.V.m. § 10 und § 13a BauGB sowie § 7 GO NW als Satzung beschlossen. Dieser Satzung wird die Begründung vom 23.06.2026 beigelegt.

Auszug: 9

TOP 8

**18. Berichtigung des Flächennutzungsplanes der Stadt Gummersbach "Gummersbach - Kreishaus Erweiterung"
Vorlage: 05983/2026**

Nachfolgender Beschluss wurde bei 10 Gegenstimmen und 1 Stimmenthaltungen mehrheitlich gefasst.

Beschluss:

Der Flächennutzungsplan der Stadt Gummersbach wird gem. § 13a BauGB berichtigt (18. Berichtigung des Flächennutzungsplanes „Gummersbach – Kreishaus Erweiterung“).

Auszug: 9

TOP 9

Vorabausschüttung des Abwasserwerkes an die Stadt Gummersbach

Vorlage: 06008/2026

Nachfolgender Beschluss wurde bei 1 Stimmenthaltungen einstimmig gefasst.

Beschluss:

Der Rat beschließt, dass vor Ablauf des Wirtschaftsjahres 2026 die Eigenkapitalverzinsung in Höhe von EURO 975.702,50 (2,76%) an den Haushalt der Stadt abgeführt wird.

Auszug: 12

TOP 10

Mitteilungen

Beig. und Stadtkämmerer Maik Thiele berichtet über die aktuelle Haushaltslage zum Ende des zweiten Quartals 2026.

Auf Nachfrage des AfD-Fraktionsvorsitzenden Stv. Degner erläutert der Erste und Techn. Beig. Jürgen Hefner, dass 7 der insgesamt 22 Doppel- und Einfamilienhäuser im Quartier Strombach bereits vermarktet wurden.

gez.

Raoul Halding-Hoppenheit
Bürgermeister

gez.

Anna Miebach
Schriftführung